

# Sacklers geben an: «Wir sind nur temporär in Gstaad»

**Pharma-Erben** Falls sich die umstrittene Pharma-Familie tatsächlich dauerhaft in Gstaad niederlassen will, müsste sie von den Behörden durchleuchtet werden.

**Quentin Schlapbach**

Die Familie Sackler, die von der US-Justiz für die grassierende Opioidkrise und damit den Tod von Hunderttausenden Menschen mitverantwortlich gemacht wird, ist im Februar nach Gstaad gezogen. Der Bericht dieser Zeitung über den Umzug sorgte hierzulande für eine Menge Reaktionen. «Keine Skrupel in Gstaad. Reich ist willkommen, Steuervergünstigung inklusive. Woher das Geld kommt, spielt keine Rolle», empörte sich etwa die Stadtberner SP-Grossrätin Ursula Marti in den sozialen Medien.

Auch in den Online-Kommentarspalten waren die Reaktionen fast durchwegs negativ. Dass die «verhassteste Familie der USA» – so nannte der «Blick» die Sacklers – im Kanton Bern einen sicheren Hafen findet, können viele Schweizer nicht verstehen.

Über ihren Sprecher richtet die Familie nun dieser Zeitung aus, dass ihr Aufenthalt in Gstaad nur temporär sein wird. «Die Sacklers verbringen den Winter in der Schweiz in einem Haus, das ihre Familie seit Generationen besitzt. Sie werden in naher Zukunft in die USA zurückkehren», heisst es in der Stellungnahme. Auch weist der Sprecher die Vorwürfe, die der Familie in Übersee gemacht werden, entschieden zurück. Dass das umstrittene Medikament Oxycontin aggressiv vermarktet worden sei und Hun-

dertausende Menschen in die Sucht getrieben habe, seien bloss Behauptungen der US-Justiz.

## Es braucht eine Prüfung

Wegen der gigantischen Klagewelle, welche auf die Sacklers in den Vereinigten Staaten zurollt, sprachen US-Medien jüngst von einer «Flucht» nach Gstaad. Die Rückkehrabsichten seien bloss ein Lippenbekenntnis.

Wie Recherchen zeigen, dürfte eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz für die Sacklers aber sowieso nicht zum Selbstläufer werden – jedenfalls wenn die Behörden ihren Job richtig machen. Wenn sich jemand hierzulande dauerhaft niederlassen will, der nicht EU- oder Efta-Bürger ist, muss das Staatssekretariat für Migration (SEM) von Amtes wegen eine Art «Backgroundcheck» durchführen. Im Rahmen dieser Prüfung kann das SEM einen Strafregisterauszug verlangen oder sonstige Angaben von den ausländischen Behörden einfordern, etwa, ob laufende Strafverfahren ausstehen. Ein Grund, eine Aufenthaltsbewilligung zu verweigern, kann beispielsweise sein, wenn jemand «gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Schweiz oder im Ausland verstossen hat» respektive «diese gefährdet».

Da Teile der Familie Sackler aber auch über die britische Staatsbürgerschaft verfügen,

könnte es sein, dass eine solche automatische Prüfung wegfällt. Aber selbst in diesem Fall kann das SEM im Verdachtsfall von sich aus aktiv werden.

## Nur Schweizer dürfen nicht

Sollten die Sacklers tatsächlich eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, würden sich ihnen umgekehrt fast keine Hürden in den Weg stellen, um in Gstaad eine Pauschalbesteuerung zu erhalten. «Nur schweizerische Staatsangehörige können keine Besteuerung nach Aufwand beantragen», sagt Christa Stauffer, Kommunikationsleiterin der Berner Steuerverwaltung. Für alle anderen Staatsbürger dieser Welt ist diese Art der steuerlichen Sonderbehandlung in der Schweiz möglich.

Seit einigen Jahren gibt es im Kanton Bern für Pauschalbesteuerte eine fixe Mindestanlage von 400 000 Franken – was jährlichen Steuern von rund 140 000 Franken entspricht. Für die schwerreiche Familie Sackler, die gemäss dem Magazin «Forbes» über ein Vermögen von gut 13 Milliarden Dollar verfügt, wäre das immer noch ein Trinkgeld.

## 5 von 6 leben in Gstaad

Wenn eine Familie wie die Sacklers hierherzieht, ist das auch immer ein Politikum. SP-Grossrätin Ursula Marti stösst sich nicht nur daran, mit welchen Methoden die Familie zu ihrem Geld



gekommen ist. Sie und die SP Kanton Bern fordern schon seit längerer Zeit die Abschaffung der Pauschalsteuer. «Es ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit», sagt Ursula Marti. «Auch wird der internationale Druck auf dieses Steuerkonstrukt weiter zunehmen», ist sie überzeugt.

Nach der kommenden Frühlingssession – wenn die laufende Revision des Steuergesetzes abgeschlossen ist – wolle die SP einen neuen Vorstoss einreichen, so Marti. 2012, als eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung noch mit anderen Steuervorlagen verknüpft war, lehnten die Berner diese ab. Die Kantone Zürich, Schaffhausen, Appenzell-

Ausserrhoden, Baselland und Basel-Stadt haben die Besteuerung nach Aufwand aber in der Zwischenzeit aus ihrer Verfassung gestrichen. Marti ist deshalb überzeugt, dass eine neue Vorlage beim Volk Chancen hätte.

Im Kanton Bern leben heute 191 Pauschalbesteuerte. Sie generierten 2018 zusammen einen Steuerertrag von 36,2 Millionen Franken. Im Vergleich zu anderen Kantonen wie der Waadt oder dem Wallis ist die Bedeutung der Pauschalbesteuerung somit eher gering (siehe Grafik). Jedoch profitieren gewisse Gemeinden – allen voran Saanen, zu der Gstaad gehört – überproportional. 162 der Berner Pauschalbesteu-

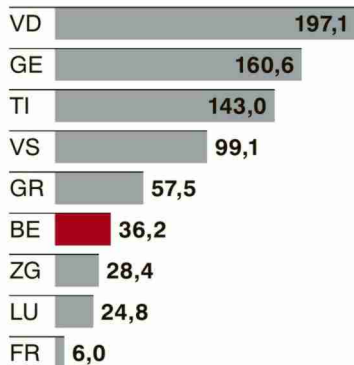
erten sind dort gemeldet.



Das Ehepaar Jacqueline und Mortimer Sackler.

## So viel zahlen die Pauschalbesteuerten

Steuerertrag in Mio. Fr. nach Kantonen



Grafik: mrue/Quelle: FDK

Hauptausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 35'881  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 9  
Fläche: 82'044 mm²



Auftrag: 1077523  
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76404340  
Ausschnitt Seite: 3/3



162 der 191 Berner Pauschalbesteuerten sind in Saanen, zu der Gstaad gehört, gemeldet. Fotos: Getty Images